

Härtel, Hans-Hagen

Article — Published Version

Motor der Beschäftigung? Umweltschutz

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: Härtel, Hans-Hagen (2007) : Motor der Beschäftigung? Umweltschutz, Wirtschaftsdienst, ISSN 1613-978X, Springer, Heidelberg, Vol. 87, Iss. 4, pp. 210-, <https://doi.org/10.1007/s10273-007-0637-x>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/68538>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Strompreise

Verschärfung des Kartellrechts

Die deutschen Energiekonzerne sind wieder einmal massiv unter öffentlichen Druck geraten. So wurde der Vorwurf laut, dass am deutschen Strommarkt (an der Leipziger Energiebörse EEX) die Strompreise von den etablierten Unternehmen künstlich nach oben getrieben worden seien. Ausgelöst wurde die Debatte durch eine anonyme E-Mail, die vor einiger Zeit an Medienvertreter verschickt worden ist. Die deutschen Energiekonzerne wehren sich vehement gegen den Vorwurf der Preistreiberei, sogar Kartellamtschef Böge warnte vor voreiligen Schlussfolgerungen. Mittlerweile überprüfen aber sowohl das Kartellamt als auch die Staatsanwaltschaft die Börsengeschäfte der Leipziger EEX.

Angesichts der erhobenen Vorwürfe sieht sich Bundeswirtschaftsminister Glos darin bestärkt, die geplante Novellierung des deutschen Kartellrechts weiter voranzutreiben. Glos möchte die kartellrechtliche Aufsicht über die Strom- und Gaspreise erheblich verschärfen. Ein Missbrauch der Marktmacht soll künftig bereits dann vermutet werden, wenn der Preis eines marktbeherrschenden Versorgungsunternehmens nur leicht von dem Vergleichspreis eines beliebigen anderen Unternehmens abweicht. Die Kartellbehörden sollen nicht – wie bisher – den Nachweis erbringen müssen, dass die betreffenden Unternehmen strukturell vergleichbar sind. Dies wäre faktisch eine Beweislastumkehr zu Lasten der Versorgungsunternehmen.

Bei solcher Art von Preiskontrolle besteht die Gefahr, dass die etablierten Unternehmen durch paralleles Verhalten den Wettbewerb zu beschränken versuchen. So dürfte es bei Preisunterbietungen vermutlich kaum zu einem Anbieterwechsel durch die Kunden kommen, da die etablierten Versorgungsunternehmen sofort auf Preisänderungen reagieren müssen. Auf diese Weise kann eine Intensivierung des Wettbewerbs durch den Markteintritt neuer Anbieter behindert werden. Diese Auffassung wird von der Monopolkommission wie auch von Bundesumweltminister Gabriel vertreten, der das Novellierungsvorhaben von Glos bisher noch blockiert. Auch die alternativ vorgesehene Preiskontrolle auf Kostenbasis in Verbindung mit einer Gewinnbegrenzung birgt große Probleme. Die Definition und Identifizierung von Kosten sowie deren Zurechnung dürfte für die Kartellbehörden eine kaum lösbare Aufgabe darstellen.

Sinnvoller als eine Preisregulierung erscheinen Bestrebungen, Markteintritte im Energiesektor zu forcieren, um die zementierten Marktstrukturen aufzubrechen und Wettbewerb zu fördern. Dies kann z.B. durch eine Erleichterung des Kraftwerkbaus sowie durch die Förderung eines diskriminierungsfreien Zugangs unabhängiger Stromanbieter zu den Netzen geschehen. Im Bereich des Netzzugangs verspricht die so genannte „Anreizregulierung“ eine deutliche Belebung des Wettbewerbs. Dieses neue Konzept der Bundesnetzagentur sieht vor, den Netzbetreibern Obergrenzen für ihre Netzentgelte vorzugeben, die darüber hinaus im Zeitverlauf gesenkt werden sollen.

Dietmar Keller

Vormals Hamburgisches Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
keller@hwwa.de

Zukunftsatlas 2007

Mehr Atlas als Zukunft

Mit feinem Gespür für die Nachfrage nach Informationen zur Perspektive deutscher Kreise und Städte hat Prognos jüngst den neuen Zukunftsatlas Regionen vorgestellt. Eine große Leserschaft deutscher Bürgermeister, Land- und Gemeinderäte und anderer lokaler Akteure dürfte ihm damit sicher sein. Der Atlas erscheint in der zweiten Auflage, obgleich es angesichts der Kürze des Zwischenzeitraumes wenig erstaunt, dass das bekannte Nord-Süd-/Ost-West-Gefälle im Wesentlichen bestätigt wird. Ein Abgleich mit der Platzierung vor drei Jahren soll Gewinner und Verlierer identifizieren, und natürlich gibt es im Detail Bewegung zu vermelden. Die regionale Differenzierung schreitet insgesamt weiter voran. Lichtblicke kommen danach zuletzt vor allem aus dem Osten. Gleichwohl stellt sich die Frage nach der Belastbarkeit der Befunde, nicht nur angesichts des sprunghaften Auf- und Abstiegs mancher Testkandidaten, sondern auch, weil keineswegs klar ist, auf welchen Zeithorizont der Atlas letztlich abzielt.

Die Berechnung folgt dem bekannten Schema ähnlicher Rankings und gibt dem Werk den äußeren Anschein von Präzision – eine Reihe statistischer Kennzahlen aus den Bereichen Demografie, Wohlstand/Soziales, Arbeitsmarkt, Wettbewerb/Innovation werden zu einer anschaulichen Indexzahl zusammengefasst. Vorab erfolgt eine Unterteilung der Kennzahlen zur Beschreibung gegenwärtiger Stärke und künftiger Dynamik, wobei die Daten den Zeitraum 2001 bis 2006 abdecken. Über Einzelheiten wie die indikatorische Eignung, die Vollständigkeit und Gewichtung der Kennzahlen, Doppelzählungen wie bei gleichzeitiger

Betrachtung von Wachstum und Beschäftigung, Datenverfügbarkeiten usw. erfährt man nichts, und diese Fragen können hier auch nicht diskutiert werden. Konzeptionelle und semantische Schwächen des Atlas sind aber unübersehbar. So impliziert der Regionenvergleich, der sich offenkundig am Durchschnitt orientiert, den fragwürdigen Schluss, dass Deutschland ohne die Neuen Länder kaum Regionen mit Zukunftsrisiken hätte. Die Herangehensweise verstellt zudem den Blick auf die Verbundenheit der Regionen. So fragt man sich unwillkürlich, wie es ohne die massiven Wanderungsverluste Ostdeutschlands um die Dynamik der Zukunftsregionen aussähe oder wie die Ergebnisse ausfallen würden, wenn man die Regionen funktional anstatt administrativ abgegrenzt analysieren würde.

Letztlich sind die Perspektiveinschätzungen der Regionen im Atlas kaum mehr als eine Extrapolation der Vergangenheit, die für eine gewisse Zeit durchaus tragen können. Sie sind jedoch keineswegs durch eine vertiefte Analyse der wirtschaftlichen Zusammenhänge gedeckt, und so verwundert es nicht, dass Prognos mit einer Vielzahl zusätzlicher Beratungsangebote vor Ort wirbt. Wertvoll ist der Zukunftsatlas vor allem, weil er die Aufmerksamkeit auf die regionale Dimension der gesamtdeutschen Wachstums- und Arbeitsmarktprobleme lenkt.

*Harald Lehmann
Institut für Wirtschaftsforschung Halle
hln@iwf-halle.de*

Umweltschutz

Motor der Beschäftigung?

In der immer wiederkehrenden und immer noch ideologisch überfrachteten Debatte um die Verträglichkeit oder Unverträglichkeit von Ökologie und Ökonomie ist es zumindest theoretisch klar, dass sich Investitionen in den Umwelt- und Ressourcenschutz langfristig auch ökonomisch auszahlen, wenn sie künftige Knappheiten für Wachstum und Beschäftigung vermindern. Allerdings spielt dabei die Zeitpräferenz eine wichtige Rolle, und die ist von Person zu Person, von Land zu Land und insbesondere von Entwicklungsstand zu Entwicklungsstand verschieden. Wegen der unterschiedlichen Zeitpräferenz und der davon abhängigen Dringlichkeit für den Umwelt- und Ressourcenschutz sollte in der Umweltschutzpolitik eine an sich selbstverständliche

Forderung mit großer Sorgfalt beachtet werden, dass nämlich die umweltpolitischen Instrumente auf ihre Effizienz geprüft werden müssen. Dies bedeutet freilich das ständige Bohren dicker Bretter.

Von der dazu notwendigen intellektuellen Anstrengung ist allerdings ausgerechnet in den einschlägigen Medien wenig zu spüren. Da werden munter immer weitgehendere Eingriffe – Abgaben, Verbote, Auflagen, Subventionen – in die Diskussion eingebracht und nur nach dem Bauchgefühl bewertet. Noch befremdlicher ist die Tendenz, Kosten des Umwelt- und Ressourcenschutzes unter dem Motto „Umweltschutz lohnt sich“ unter den Teppich zu kehren. Da bejubeln die gleichen Leute, die zu Recht die Defizite des privaten Renditekalküls in Sachen Umweltschutz hervorheben, die Performance von Solaraktien und von Bauherrenmodellen bei Windmühlen.

Geradezu Ökonomie im Kopfstand betreibt, wer Umweltschutz als Arbeitsbeschaffungsmaßnahme hervorhebt und darauf verweist, dass in diesem Bereich künftig mehr Arbeitsplätze vorhanden sein werden als in den heutigen Schwerpunktbereichen, z.B. der Automobilindustrie. Der Unsinn dieser Schwärmerei wird offenkundig, wenn man sich gedanklich vorstellt, dass zwei Länder die gleichen Standards der Umwelt- und Ressourcenschonung erreichen, das eine Land dafür 10% und das andere Land dagegen 30% der Arbeitsplätze benötigt. Im zweiten Land sind nicht nur die Realeinkommen niedriger als im ersten, vermutlich herrscht dort auch die größere Arbeitslosigkeit, weil sich die Bewohner mit Mindestlöhnen und anderen Mitteln gegen die Realeinkommensverluste zu wehren versuchen.

In einem Land, das sich leicht vom Versprechen neuer Beschäftigungsmöglichkeiten blenden lässt, haben die Lobbyisten leichtes Spiel. Die Initiatoren alternativer Energien beherrschen diese Klaviatur bereits jetzt schon virtuos. Wenn die Umweltschutzindustrie sich erst einmal als wichtigster Arbeitgeber etabliert hat, werden deren Vertreter in gleicher Weise ihre Interessen zu wahren wissen, wie die Automobilindustrie heute, selbst wenn das dem Gemeinwohl widerspricht. Sie hätte sogar noch mehr Anrecht auf Gehör, weil sie ja staatlicher Fürsorge zu verdanken ist.

*Hans-Hagen Härtel
Vormals Hamburgisches-Welt-Wirtschafts-Archiv (HWWA)
hhaertel@gmx.net*

Literatur und Links zu diesen und anderen aktuellen wirtschaftspolitischen Themen finden Sie auf der Website der ZBW unter ECONIS Select www.zbw.eu/dienstleistungen/econis_select.htm